

KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

**Land fördert
Forschung im Revier
mit 75 Millionen Euro**

Düsseldorf. Mit 75 Millionen Euro fördert die Landesregierung den Aufbau von Forschungszentren im Ruhrgebiet. In den vier geplanten „Research Departements“ sollen die Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen ihre Kompetenzen in Zukunftsfeldern der Forschung zusammenführen. Die Förderung ist ein Projekt der Ruhr-Konferenz, die die Landesregierung zur Stärkung des Ruhrgebiets ins Leben gerufen hat. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sagte: „Vorbild kann hier die University of California sein, ohne deren geballte Energie es das Silicon Valley kaum gäbe. Forschung in der Region mit Resultaten von internationalem Rang – darum geht es.“ In den vier Departements soll Spitzenforschung in zukunftsweisenden Forschungsfeldern wie Datenwissenschaften, Arzneimittelforschung oder Entwicklung neuartiger Energiesysteme gebündelt werden. CHO

**Maskenpflicht im
Landtag verschärft**

Düsseldorf. Angesichts der wieder steigenden Corona-Neuinfektionszahlen hat der Landtag die Maskenpflicht in den Gebäuden des Parlaments verschärft. Vom 1. April an bis zunächst 17. August müssen Personen im Landtag eine medizinische Mund-Nasen-Bedeckung oder FFP2-Maske tragen. Das beschloss der Parlamentarische Krisenstab Pandemie am Mittwoch. dpa

ZAHL DES TAGES

6 Millionen Euro erhält die Stadt Gelsenkirchen vom Bundesbauministerium für die Transformation des Kohlenbunkerensembles im Nordsternpark zu einem „Greentower“. Gelsenkirchen ist eine von vier NRW-Kommunen, die im Rahmen des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus“ gefördert werden. So erhalten auch Aachen, Detmold und Niedegegen (Kreis Düren) jeweils Millionensummen.

GLOSSE**Mindestens bis Ostern**

Der Grund für die Maßlosigkeit heutiger Energieverschwendungen wird kommenden Generationen ein schwer zu lösendes Rätsel bleiben. Mobile, die zwei Drittel des eingesetzten Treibstoffes in heiße Luft verwelten statt in Vortrieb? Hausfassaden, die kunstvoll erzeugte Wärme widerstandlos in die Atmosphäre entließen? Leuchtkörper, die aus dem Wunderding Strom zu 90 Prozent Hitze statt Helligkeit gewannen?

Mit letzterem ist ja in der EU Schluss, wo so etwas wie ein Glühlampenverbot gilt. Eine alternative

Leuchtdiode schafft mit einem Siebel der elektrischen Energie so viel Licht an wie die nur nebenbei leuchtenden Kleineheizergeräte. Beim Blick aus der abendlichen Redaktion sieht man nur noch LED-Weihnachtsbeleuchtung. Doch wo einst ein paar Dutzend warm werdende Licherkerzen einsam an der Kette baumelten, blinken jetzt Dioden-Glühwürmchen zu Abertausenden kalt den Spareffekt weg, und das bis Ostern, mindestens.

Des Rätsels Lösung für kommende Generationen ist vielleicht doch ganz einfach: Maßlosigkeit? (gh)

BRIEFE AN DIE REDAKTION**Task-Force nötig**

Steigende Infektionszahlen: Wer öffnen will und wer nicht. Mittlerweile ist die unterschiedliche Umsetzung der gefassten Grundsatzbeschlüsse der einzelnen Bundesländer unerträglich. [...] Der Föderalismus hat ganz klare Vorteile; aber leider, wie die Vergangenheit schmerhaft gezeigt hat, nicht in einer Pandemie. Deshalb gehören meiner Meinung nach Geschehnisse solcher Tragweite in die Hände einer vom Bund gesteuerten Task-Force (Katastrophenschutz). **Klaus Grewer, E-Mail**

Unverständlich

Polizei stoppt illegales Autoren-nen. Mir ist es schon seit Jahren völlig unverständlich, dass es für Motorradfahrer einen über Jahrzehnte bewährten Stufenführerschein mit Begrenzung der PS-Leistung gibt – es aber für junge Autofahrer erlaubt ist, sich Autos mit über 500 PS zu kaufen oder zu leihen und damit andere oder sich zu gefährden. Da wäre es doch mal an der Zeit, dass sich die Politik mit dem Thema, unter Ausgrenzung des Lobbyismus, beschäftigt. **Peter Pöltz, E-Mail**

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an: meinungsforum@waz.de (Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Gründungsberausgeber: Erich Brost und Jakob Funk
Chefredakteur: Andreas Jörn
Stellvertreter: Dr. Anna Klemm, Alexander Marinos
Desk/Politik: Lutz Heukens (Leiternder Redakteur), Torsten Driess (Stellv. Desk)
Chef vom Dienst Lokales: Heinrich Schäfer
Wirtschaft: Frank Schulz, Rhein-Ruhr; Frank Preuß; Sport: Jens Dirsken, Wochenende: Matthias Korfmann
Redaktion/Reporter: Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Madlener, Ute Schwatzwiler, Michael Kretschmar, Stephan Weißmann (Politik), Christopher Dröse (Wirtschaft), Barbara Münch (Kultur), Lars-Joachim Gönnig, Britta Heidenreich (Kultur), Georg Horwath, Marc Podgornik, Marcus Schumann (Wochenende); Produktion: Univex Redaktions-Services; Oliver Muthmaß (Utg.), Carsten Oberstet-Kleinbeck (Chef vom Dienst), Technik: Andreas Mangan.
Mediacampus WAZ: Raufeld (Redaktion), Schule, Paul-Lincke-Ufer 4/7/3, 1099 Berlin

Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Servicesseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der FUNKE Zentralredaktion

Verlag: FUNKE Medien NW GmbH, Jakob-Funk-Platz 1, 45127 Essen, E-Mail: marketing@funkenmedien.de

Anzeigen: FUNKE Services GmbH, Jakob-Funk-Platz 1, 45127 Essen, E-Mail: anzeigen@waz.de

Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710*, Fax 0800 6060750* (*Kostenlose Servicenummern)

E-Mail: leserservice@waz.de

Ein Teil der GRUPPE MEDIENTRUST

Telefon: 0201 8010-2941, Fax 0201 8010-2942, Briefanschrift: 45127 Essen

Geschäftsstätte: Thomas Klüs, Christoph Ruth, Andreas Schoos, Michael Wüller

Druck: FUNKE NRW Druckzentrum GmbH, Höhenbergstraße 67, 45099 Hagen

Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet

„Vertuschung schwerster Straftaten“

Der Kölner Kardinal Woelki setzt im Missbrauchskandal auf ein neues Gutachten. Die Vorwürfe sind gravierend. Kritiker fragen längst nach der Rolle des Rechtsstaats

Von Michael Kohlstadt

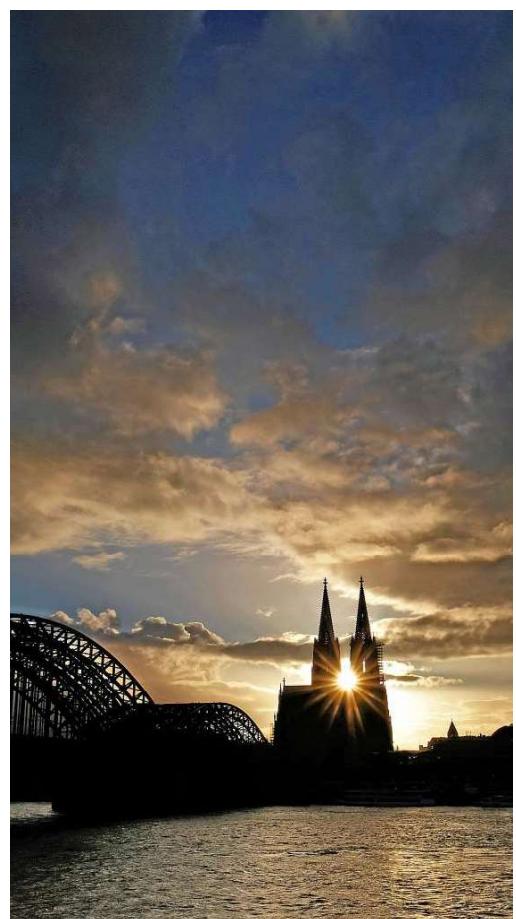
Essen/Köln. Die schleppende Aufarbeitung des Missbrauchskandals im Erzbistum Köln hat die katholische Kirche in ihre schwerste Krise seit Jahren gestürzt. Termine für Kirchenaustritte sind in Köln seit Wochen ausgebucht. Selbst Bischofskollegen schlüpfen über den in der Dauerkritik stehenden Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki nur noch den Kopf. Mit einem neuen Gutachten will Woelki nun in die Aufklärungsoffensive kommen. Kritiker bezweifeln, dass dies gelingt. Und längst steht die Frage im Raum: Wo bleibt im kirchlichen Missbrauchskomplex eigentlich der Rechtsstaat?

Worum geht es?

Das Erzbistum Köln steht vor einer Woche der Wahrheit. Am heutigen Donnerstag will Erzbischof Woelki ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten zu den Missbrauchsfällen vorstellen. Das Papier des Strafrechters Björn Gercke werde Verantwortliche klar benennen, kündigte der Kardinal auf dem Kölner Portal „domradio.de“ an. Über mögliche personelle Konsequenzen will Woelki bis zum 23. März entscheiden. Dass er ein erstes Missbrauchs-Gutachten wegen angeblicher methodischer Mängel seit Monaten unter Verschluss hält, hatte dem 64-Jährigen zuvor den Vorwurf eingebracht, in der Kölner Diözese gehe Täterschutz vor Opferschutz

**Wie schwer wiegen
die Missbrauchsvorwürfe?**

Dem Vernehmen nach geht es im Gercke-Gutachten um rund 200 beschuldigte Priester und Laien und rund 300 Opfer, deutlich mehr als zuvor angenommen. Teilweise soll es sich dabei um schwerste Missbrauchsfälle handeln. Viele Fälle liegen Jahrzehnte zurück. Im Fadenkreuz stehen daher vor allem die Vertuschungswürfe gegen Bistumsgroßen. Experten wie der renommierte Kirchenrechtler Thomas Schüller von der Universität Münster gehen von einer systematischen Vertuschung von Missbrauchsfällen speziell unter Woelki Vorgängern, den Kardinälen Meissner und Höfler, aus. Beteiligt gewesen seien weitere hohe Kleriker. Einige von ihnen seien heute noch in Amt und Würden „Wohlgemerkt: Wir reden hier von der Vertuschung schwerster Straftaten“, sag-



Im Abendlicht. Kritiker sagen, dass Köln zum „Sargnagel für das Ansehen der katholischen Kirche in Deutschland“ geworden sei. Foto: BERG / PA/DPA

te Schüller dieser Redaktion. Von der heutigen Veröffentlichung spricht sich der Kirchenrechtler, „dass Namen genannt werden.“ Ob es tatsächlich zu Rückritten und Suspendierungen kommt, ist für den Münsteraner Professor fraglich. Strafrechtlich werde das ohne keine Rolle mehr spielen. Schüller: „Die Fälle sind verjährt.“

Welche Rolle spielt Woelki?

„Das Gutachten zurückzuhalten, ist keine Straftat“, sagt Thomas Schüller. Bisher habe Woelki nur gegen Kirchenrechte verstoßen, weil er einen Missbrauchsverdacht

gegen einen bestimmten Priester nicht fristgemäß nach Rom gemeldet habe. Schüller: „Das ist kirchenrechtlich eine Amtsfehlertat.“ Im Umgang mit den Vorwürfen habe Woelki aber ein „unvergleichliches Kommunikationsdesaster“ angerichtet. Köln sei zum „Sargnagel für das Ansehen der katholischen Kirche in Deutschland“ geworden.

Es geht um schwere Verbrechen – ermittelt die Staatsanwaltschaft?

Bisher nicht. Laut Auskunft des NRW-Justizministeriums haben alle nordrhein-westfälischen Bistümer –

Aachen, Köln, Münster, Essen und Paderborn – den zuständigen Staatsanwaltschaften seit 2018 im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen Aktenseinsicht gewährt. Im Kölner Fall hätten sich dabei keine strafrechtlich relevanten Ansätze ergeben. Die Fälle seien entweder verjährt oder die Täter schon tot. Das Ministerium wies zudem darauf hin, dass es in Deutschland keine allgemeine Pflicht zur Anzeige von Straftaten gibt. Dies gelte auch für die Kirchen. Eine Anzeigernötigung kann der Staat demnach nicht erzwingen. Kirchenrechtler Schüller hält eine Reform dieser Regel für überfällig. „Bei Verdacht auf eine Sexualstraftat muss es in Deutschland endlich eine generelle Anzeigepflicht geben, die auch für institutionelle Einrichtungen gilt“, fordert er. In weiten Teilen der Welt sei das längst Rechtsstandard.

Ist die Kirche eine Art Staat im Staat?

„Das Strafrechtsmonopol des Staates gilt selbstverständlich auch für die Kirchen“, betont Thomas Schüller. Allerdings habe der Staat die beiden großen Kirchen im Umgang mit Missbrauchsfällen jahrelang mit Samthandschuhen angefasst. So habe sich der Eindruck verfestigt, dass insbesondere die katholische Kirche im strafrechtlichen Sinne eine Art Staat im Staat sei. Noch bis Anfang des Jahrtausends hielten Staatsanwaltschaften selbst bei begründeten Verdachtsfällen nicht eingegriffen, sondern auf den innerkirchlichen Aufklärungswillen vertraut. Dieser Aufklärungswille hat sich 2010 präzisiert. Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz stellen seitdem klar: Missbrauchsfälle in der Kirche müssen den Strafverfolgungsbehörden umgehend angezeigt werden.

SPD fordert Aufklärung

Jochen Ott, Fraktionsvize der SPD in Düsseldorf, fordert Kardinal Woelki auf, im Kölner Missbrauchskandal endlich „reinen Tisch“ zu machen. „Die Menschen erwarten jetzt vollständige Transparenz und Aufklärung. Wenn das nicht gelingt, muss sich auch die Politik des Themas intensiv annehmen“, sagte Ott dieser Redaktion.

Maskenaffäre: NRW hat nie Provision gezahlt

Grüne und SPD im Landtag fordern mehr Transparenz und streben spürbare Konsequenzen an

Von Tobias Blasius und Matthias Korfmann

Düsseldorf. In Nordrhein-Westfalen hat es laut Gesundheitsministerium bei der Beschaffung von Corona-Schutzausrüstung keine vergleichbaren Fälle wie in der „Masken-Affäre“ rund um mehrere Bundestagsabgeordnete der Union gegeben. „Wie viele wie im Bundestag müssen aufgeklärt werden. Für NRW habe ich keine Anhaltspunkte für ein ähnliches Geschehen“, sagte Staatssekretär Edmund Heller am Mittwochabend im Fachausschuss des Landtags.

Das Ministerium von NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) habe niemals Provisionen oder Vermittlungsgebühren für die Geschäftsanbahnung von Corona-Schutzausrüstung gezahlt.

„Über mögliche Zahlungen zwischen Unternehmen und Dritten haben wir keine Kenntnis“, schränkte Heller zugleich ein.

Staatssekretär Heller stellte klar, dass sich aber sehr wohl auch in NRW Parlamentarier in die Beschaffung von Materialien eingebrengt hätten. „In der damaligen Situation waren wir für jedes Unterstützungsangebot, naturgemäß auch von Angeordneten, dankbar“, sagte er. Zwischenzeitlich hätten sich in der Beschaffungsstelle des Ministeriums 50 Mitarbeiter darum kümmern müssen, aus rund 7000 Anbietern am Ende 31 Firmen herauszufiltern, mit denen das Land Lieferverträge über Kittel, Masken und Beatmungsgeräte schließen konnte.



Edmund Heller F. DPA

Staatssekretär Heller trat zugleich dem Eindruck entgegen, bei einer umstrittenen NRW-Bestellung von auffällig teuren Masken der Schweizer Firma Emix könne es zu krummen Geschäften gekommen sein.

„Angesichts der weltweit dramatisch gestiegenen Nachfrage und den knapp verfügbaren Angebots waren die Preise für Schutzmasken damals sehr deutlich gestiegen. Der mit der Firma Emix vereinbarte Preis war hoch, bewegte sich aber in einem für die damaligen Verhältnisse realistischen Rahmen“, sagte Heller.

Die Grünen-Landtagsfraktion fordert als Lehre aus der Masken-Affäre eine Gesetzesreform in NRW. „Gegen diese Dreistigkeit heißt kein freiwilligen Selbstverpflichtungen für Abgeordnete oder Abfragen in Fraktionen“, sagte Landtagsfraktionschef Thomas Kutschaty. Die Sozialdemokraten streben mit ihrem „Gesetzentwurf zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption“ unter anderem ein striktes Verbot der bezahlten Lobbyaktivität von Abgeordneten an.

Die Grünen-Landtagsfraktion fordert die Einführung eines „Lobbyregisters“, das beim Landtagspräsidenten hinterlegt werden soll. Dort würden die Aktivitäten von